



TOP-THEMA

POLITIK & RECHT

HANDEL & MARKT

TECHNIK

UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

GAS

ZAHL DES TAGES



113,69 €/MWh



41,99 €/MWh

800

Epex Spot DE-LU Day Base

EEX Spot THE (End of Day)

MWh Kapazität hat der größte Batteriespeicher Niedersachsens, den RWE in Lingen baut.

POLITIK

Bundestag verabschiedet Kritis-Gesetz

STROMNETZ

Initiative betont Vorteile dezentraler Netz-Strukturen

BETEILIGUNG

NRW-Stadtwerke locken mit bis zu 4 Prozent Zinsen

Inhalt

TOP-THEMA

→ **VERTRIEB:** Es kracht zwischen Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm und Krefeld

POLITIK & RECHT

- **POLITIK:** Bundestag verabschiedet Kritis-Gesetz
- **WASSERSTOFF:** Deutschland hilft bei grünem Wasserstoff in Indien
- **RECHT:** Neues Klimaschutzprogramm bis März
- **INSIDE EU ENERGIE:** Netze: Geld und Macht

HANDEL & MARKT

- **STROMNETZ:** Initiative betont Vorteile dezentraler Netz-Strukturen
- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Sachsen bleibt Schlusslicht beim Windkraftausbau
- **PHOTOVOLTAIK:** Mit Transparenz zu mehr Marktanteil
- **STROMNETZ:** RWE baut 400-MW-Batteriespeicher
- **LNG:** Deutsche Regas vermarktet zusätzliche Kapazitäten

TECHNIK

- **WINDKRAFT OFFSHORE:** 50 Hertz und Skyborn bringen Küstenmeer-Projekt voran
- **STATISTIK DES TAGES:** Kosten weltweit zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050

UNTERNEHMEN

- **BETEILIGUNG:** NRW-Stadtwerke locken mit bis zu 4 Prozent Zinsen
 - **WÄRME:** Marburger Fernwärme kostet ein Fünftel mehr
 - **WÄRME:** Darmstädter Entega baut Klärschlamm-Monobehandlung
 - **WÄRMENETZ:** Anteil der Fernwärme soll in Darmstadt deutlich steigen
 - **PERSONALIE:** Ulms Versorger erneuert das Ja-Wort mit Geschäftsführer-Trio
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Märkte weiter im Bann der Geopolitik
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Es kracht zwischen Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm und Krefeld



Quelle: Fotolia / ty

VERTRIEB. Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm warnen vor Betrug bei Haustürgeschäften. Der Vorwurf richtet sich direkt an die Stadtwerke Krefeld, die auf Unterschriften unter Energieverträgen abzielen.

Es gibt Unstimmigkeiten zwischen Versorgern aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm finden es überhaupt nicht spaßig, dass es in der Donaustadt zu ungebetenen Haustürgeschäften kommt. Einige davon enden offenbar mit ungewollten Unterschriften unter Energieverträgen der Stadtwerke Krefeld.

Warnhinweise von Versorgern sind nichts Ungewöhnliches. In diesem Fall weisen die Ulmer allerdings mit dem Finger direkt auf das Unternehmen vom Niederrhein. Betroffene im zweistelligen Bereich hätten sich inzwischen beim süddeutschen Versorger gemeldet, erklärt ein Sprecher der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm auf Anfrage dieser Redaktion.

Das Thema ist unterdessen auf der höchsten Ebene der beiden Stadtwerke angelangt. Die Geschäftsführungen stünden dazu aktuell in direktem Austausch, so der Sprecher. Darüber hinaus hätten die Ulmer die Fälle bereits bei der Bundesnetzagentur angezeigt. Die Geduld an der Donau scheint am Ende. „Sollte sich das Vorgehen in Zukunft fortsetzen, schließen wir weitere rechtliche Schritte nicht aus“, so der Sprecher.

Menschen an der Haustür in Energielieferverträge „gedrängt“

Die Menschen in Ulm fühlten sich durch die „unseriösen und teils betrügerischen“ Besuche in Energielieferverträge der SWK Energie GmbH gedrängt. Und dies bereits seit Mitte Dezember, wie der Sprecher weiter ausführt. In der Folge sei das Unternehmen „mehrfach direkt“ auf die Krefelder zugegangen. Die Aufforderung war eindeutig: Die Haustürgeschäfte mit untergeschobenen Verträgen seien zu unterlassen.

Ulm/Neu-Ulm stützt sich auf Berichte von Betroffenen und auf mehrere schriftliche Aussagen. Die Stadtwerke ziehen diese Schilderungen nicht in Zweifel. Den Menschen, die „unwissentlich“ Energieverträge abgeschlossen hätten, haben die Baden-Württemberger ihre Hilfe angeboten. Sollte es zu Vertragsabschlüssen gekommen sein, müssten die Betroffenen diese allerdings eigenständig widerrufen

oder anfechten.

Das Muster der vergangenen Wochen beschreiben die Ulmer Stadtwerke so: Unbekannte würden sich als Stadtwerke-Beschäftigte ausgeben und um Einlass bitten, mindestens aber Rechnungen oder Verträge einsehen wollen. Dann würden sie Angebote unterbreiten, für die sie um Unterschriften bitten. Wer dies tut, könne ohne eigenes Wissen in Wahrheit einen Vertrag unterschrieben und abgeschlossen haben.

Krefeld lässt Kooperation mit Vertriebspartner zunächst ruhen

Auf Anfrage dieser Redaktion äußert Michael Paßon, Leiter der Konzernkommunikation bei den Stadtwerken Krefeld, zunächst Unverständnis. Die Vorwürfe könne das Unternehmen nicht nachvollziehen. Dann setzt es eine Spalte Richtung Ulm. „Was wir nachvollziehen können ist, dass ein örtlicher Vertrieb im Wettbewerb unter Druck geraten kann. Dass dies durch öffentliche und pauschale Anschuldigungen geschieht, ist sehr bedauerlich“, so der Sprecher.

Gleichwohl nehme Krefeld die Vorwürfe „natürlich sehr ernst“. Die umgehende Reaktion ist, die Zusammenarbeit mit dem Vertriebspartner im Süden zunächst ruhen zu lassen. Der Sachverhalt sei restlos aufzuklären. Sofern die Vertriebsfirma „unsauber gearbeitet“ habe, werde es zur dauerhaften Trennung kommen.

Die Stadtwerke Krefeld reklamieren für sich, im bundesweiten Wettbewerb an Qualitätsstandards gebunden zu sein, die einer stetigen Überprüfung unterliegen. Das gelte ausdrücklich auch für die nicht zum Unternehmen gehörenden Partner des Haustürvertriebs. Im vergangenen Jahr habe es im Auftrag der Krefelder 1,5 Millionen Kundenkontakte an der Haustür gegeben. In „wenigen Ausnahmefällen“ komme es zu negativen Erlebnissen.

Zur Qualitätskontrolle in der Kooperation mit Haustür-Vertriebspartnern gehöre eine separate Checkliste. Diese sei vor einem Vertragsabschluss mit potenziellen Kundinnen und Kunden Punkt für Punkt durchzugehen. Dabei werde mehrfach deutlich, dass es bei dem Vertragsabschluss um einen Anbieterwechsel zur SWK Energie GmbH gehe.

Der Kommunikations-Chef erklärt weiter, dass Krefeld keinerlei unlautere Aussagen oder unseriöses Vorgehen akzeptiere. Vorfälle wie in Ulm könnten zu den „schlechten Erfahrung[en] im Rahmen einer persönlichen Kundenberatung“ zählen. Hier versichert er, das Unternehmen gehe diesen umgehend nach und werde im Bedarfsfall nachsteuern. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



SO HABEN SIE BEI DER
BESCHAFFUNG
IHRE SCHÄFCHEN IM
TROCKENEN.

E-WORLD 2026,
HALLE 1, STAND 1E130

soptim

WIR FÜHLEN ENERGIE.
WIR HABEN STARKE PARTNER.
WIR LIEBEN SOFTWARE.

JETZT TERMIN
VEREINBAREN >

§ POLITIK & RECHT

Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

Bundestag verabschiedet Kritis-Gesetz

POLITIK. Sabotage, Stromausfall: Für Betreiber von Wasserwerken und Energieversorgern sollen strengere Regeln gelten. Wird das Kritis-Dachgesetz Deutschlands Infrastruktur sicherer machen?

Der Bundestag hat das sogenannte Kritis-Dachgesetz verabschiedet. Es macht Unternehmen und Teilen der Verwaltung strengere Vorgaben für den Schutz zentraler Institutionen und Anlagen. Dabei geht es sowohl um die Abwehr der Angriffe von Kriminellen als auch um den Schutz der Infrastruktur vor Anschlägen von Extremisten. Mit Zäunen, Zugangsbeschränkungen und einer Identifizierung technischer Schwachpunkte sollen Risiken begrenzt werden. Auch um Sabotageaktionen ausländischer Mächte vorzubeugen.

Infrastruktur soll widerstandsfähiger werden

Das Gesetz, das mit den Stimmen von Union, SPD und AfD verabschiedet wurde, setzt eine EU-Richtlinie um. Es war bereits unter der Ampel-Regierung vorbereitet worden, aber infolge der Koalition von SPD, Grünen und FDP nicht zum Abschluss gebracht worden.

Das Kritis-Dachgesetz sieht für Unternehmen der kritischen Infrastruktur – dazu gehören etwa große Energieversorger oder Wasserwerke – nicht nur strengere Verpflichtungen zum Schutz ihrer Anlagen vor, sondern auch eine Pflicht zur Meldung sicherheitsrelevanter Vorfälle sowie Bußgelder bei Regelverstößen. Der Schutz solcher Anlagen war zuletzt auch wegen des Brandanschlags, der Teile der Berliner Stromversorgung tagelang unterbrochen hatte, diskutiert worden.

Auf den mutmaßlich linksextremistisch motivierten Anschlag reagierte die schwarz-rote Koalition mit einem Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, „bereits veröffentlichte, öffentlich zugängliche Infrastrukturinformationen zu überprüfen und, wo möglich, konsequent aus den öffentlich zugänglichen Bereichen zu entfernen“. Die Idee dahinter: Potenziellen Angreifern soll es nicht zu leicht gemacht werden.

Die AfD kritisierte das Vorhaben, erklärte aber gleichzeitig, man stimme dennoch zu, da ein verbesserter Schutz der kritischen Infrastruktur notwendig sei. Ihr Abgeordneter Arne Raue sagte, dies sei ein Gesetz zur Ausweitung staatlicher Kontrolle und monierte die aus seiner Sicht zu umfassenden Kompetenzen für Bundesbehörden.

Öffnungsklausel für die Länder

Rasha Nasr (SPD) sagte, das Gesetz enthalte nun eine Öffnungsklausel, die es den Ländern ermögliche die darin enthaltenen Verpflichtungen auch Betreibern kleinerer Anlagen aufzuerlegen. Der Deutsche Städtetag hatte kritisiert, der im Gesetzentwurf festgelegte Schwellenwert von 500.000 Einwohnern zur Einordnung von Einrichtungen als kritische Infrastruktur sei viel zu hoch. Auch in etwas kleineren Städten sollte ein Mindestmaß an Vorgaben zu Krisenplänen, Meldeketten und IT-Sicherheit verlangt werden.

Jan Köstering (Linke) warf Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) vor, er benutze den Brandanschlag von Berlin als Vorwand, um sich als „Überwachungsminister“ in Szene zu setzen.

Der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Ingbert Liebing, erklärte, jetzt sei wichtig, dass der Bundesrat dem Gesetz zustimme. Denn „die Zeit, die beim politischen Ringen der letzten Jahre verloren wurde, fehlt den Unternehmen zur Umsetzung“. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Aus einer Hand: Co-Location, Batterieparks und Energiehandel

Der Batteriespezialist Tesvolt baut nicht nur Co-Location-Speicherprojekte und Batterieparks, sondern bietet auch die Vermarktung des Stroms an der Börse an – mit höheren Erlösen als marktüblich und aus einer Hand.

Besuchen Sie Tesvolt auf der E-world 2026

 **Messe Essen | Halle 5 | Stand H136**
 **10.-12. Februar 2026**

// JETZT TERMIN FÜR E-WORLD VEREINBAREN

Deutschland hilft bei grünem Wasserstoff in Indien



Quelle: Shutterstock / Alexander Limbach

WASSERSTOFF. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Thyssenkrupp Nucera wollen die Entwicklung der Märkte für grünen Wasserstoff in Indien voranbringen.

Die auf der „India Energy Week“ in Goa angekündigte Partnerschaft vereine internationale Entwicklungszusammenarbeit und technologisches Know-how des Privatsektors, um Chancen entlang der Wasserstoff-Wertschöpfungskette in Indien zu erschließen, heißt es in einer Mitteilung von GIZ und Nucera.

Die Partnerschaft soll im Rahmen des Programms „International Hydrogen Ramp-Up“ (H2Upp) umgesetzt werden. Es unterstützt unternehmerisches Engagement beim Ausbau der Wasserstoffnutzung im globalen Süden und ist ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE).

Dabei ist die GIZ – ein bundeseigenes Unternehmen für internationale Zusammenarbeit im Bereich nachhaltiger Entwicklung – für die Umsetzung verantwortlich. Thyssenkrupp Nucera, ein führender Anbieter von Elektrolysetechnologien, bringt sein technologisches Wissen und seine globale Marktkompetenz im Bereich Wasserstoff ein.

Vielversprechender Zukunftsmarkt

„Indien zählt zu den vielversprechendsten Zukunftsmärkten für grünen Wasserstoff. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es uns, unser Verständnis des lokalen Marktes zu vertiefen und uns enger mit dem indischen Wasserstoff-Ökosystem zu vernetzen. Sie unterstreicht auch unser starkes Engagement für Indiens ambitionierte National Green Hydrogen Mission“, erklärte dazu Paul Joseph, CEO von Thyssenkrupp Nucera India. „Mit ihrem starken Netzwerk, ihrem tiefen Verständnis der lokalen Gegebenheiten und ihrer langjährigen Erfahrung ist die GIZ ein hervorragender Partner für diesen nächsten Schritt.“

„Grüner Wasserstoff bietet ein erhebliches Potenzial für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und ein klimafreundliches industrielles Wachstum in Indien“, betonte Regine Dietz, Project Director H2Upp/GIZ. „Durch diese Zusammenarbeit werden wir deutsches Fachwissen mit lokalen Akteuren verbinden. Damit unterstützen wir Indiens Ambitionen, sich zu einem globalen Zentrum für grünen Wasserstoff zu entwickeln.“ // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Neues Klimaschutzprogramm bis März



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

RECHT. Jetzt ist es gerichtlich bestätigt: Die Ampel-Regierung war beim Klimaschutz nicht ambitioniert genug. Schwarz-Rot muss nachbessern – und will das laut Umweltministerium auch.

Die Bundesregierung will Ende März ein neues Programm zum Klimaschutz vorlegen. Man werde nach dem Klimaurteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht etwa das für unzureichend befundene Programm aus dem Jahr 2023 nachschärfen, sondern „alles, was an Defiziten bestanden hat im alten Klimaschutzprogramm heilen durch das Programm 2026“, kündigte Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth in Berlin an.

Noch hätten allerdings nicht alle Ministerien ausreichend geliefert. „Wir sind noch nicht mit allen Maßnahmen so weit, dass wir die gesetzlichen Ziele erreichen und damit sind wir auch noch nicht auf dem Kurs, den uns das Bundesverwaltungsgericht jetzt vorgegeben hat“, sagte Flasbarth. Er sei aber zuversichtlich, dass das bis März gelingen werde. Spätestens mit dem Urteil müsse allen Beteiligten klar sein, „beim Klimaschutz kann man keine Abstriche machen“.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in Leipzig ein früheres Urteil bestätigt, das die 2023 von der Bundesregierung aufgelisteten Klimaschutzmaßnahmen als nicht ausreichend eingestuft hatte. Damit setzte sich die Deutsche Umwelthilfe (DUH) mit einer Klage für mehr Klimaschutz durch. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Netze: Geld und Macht



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

INSIDE EU ENERGIE. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.

Die EU-Kommission drückt beim Ausbau und beim Schutz der europäischen Energieinfrastruktur aufs Tempo. Das ist nötig aber nicht unumstritten. Mit dem sogenannten Netzpaket will die Kommission das Produktivitätspotential heben, das durch einen ungehinderten Fluss von Strom und Gas zwischen den Mitgliedsstaaten mobilisiert werden könnte. Insbesondere Strom könnte wesentlich günstiger sein, wenn die Netzengpässe an den nationalen Grenzen beseitigt würden, sagte Energiekommissar Dan Jørgensen am Mittwoch Abend im Europäischen Parlament. Gut funktionierende Leitungsnetze hätten jedoch auch eine wachsende Bedeutung für die Sicherheit der EU. Sie müssten besser geschützt werden.

Das Netzpaket soll den Ausbau der Infrastruktur: Leitungen, Pipelines, Speicher, Umspannwerke beschleunigen. Dazu will die Kommission vor allem auf zwei Instrumente zurückgreifen: mehr Geld und mehr Macht. Finanziell liegt ihr Vorschlag auf dem Tisch, in den nächsten Jahren deutlich mehr Geld im Rahmen des EU-Haushaltes bereitzustellen. Für den Ausbau der europäischen Netze sollen in der nächsten Finanzplanung (2028 bis 2034) fast 30 Milliarden Euro bereitgestellt werden, bisher waren es gut sechs Milliarden. Dass die Mitgliedsstaaten dabei mitgehen, gilt als eher unwahrscheinlich.

Tatsächlich genehmigt haben sie in der vergangenen Woche 650 Millionen Euro für 14 Vorhaben: 6 Projekte der Elektrizitätsinfrastruktur und 8 Projekte der Wasserstoffinfrastruktur. Deutschland erhält 120 Millionen Euro für den Bau eines grenzüberschreitenden, unterirdischen Wasserspeichers an der holländischen Grenze. Erstmals stellt Brüssel Mittel bereit, um Infrastruktur vor Cyber- und anderen Bedrohungen zu schützen. Polen und die baltischen Länder erhalten dafür 113 Millionen Euro.

Jørgensen hat vor den Abgeordneten allerdings kein Geheimnis daraus gemacht, dass der Ausbau der Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze vor allem von der Privatwirtschaft finanziert werden muss. Die Kommission schätzt den Investitionsbedarf bis 2040 auf 1,2 Trillionen Euro. Fördermittel könnten da nur eine geringe Rolle spielen, zum Beispiel um besonders hohe Risiken von Investoren aufzufangen.

Der Energiekommissar ist gleichwohl zuversichtlich, dass die Mittel für den Ausbau der Netze aufgebracht werden können: „Das ist ein gutes Geschäft.“ Viele Investoren suchten eine sichere, langfristige Anlage und könnten das notwendige Kapital bereitstellen. Nach dem Ausstieg der USA aus der Klimapolitik stünden solche Anlagen jenseits des Atlantik nicht mehr zur Verfügung. Er erwartet, dass sich Pensionsfonds und andere Großinvestoren in Europa nach solchen Projekten umsehen.

Auch gesamtwirtschaftlich sei der Netzausbau, der vor allem der Integration der erneuerbaren Energien diene, ein gutes Geschäft. Alleine durch den Zuwachs an Windrädern und Solaranlagen müsse die EU 30 Milliarden Euro weniger pro Jahr für den Import fossiler Brennstoffe ausgeben.

Ein großes Problem beim Ausbau der Energienetze ist nach Ansicht der Kommission, dass die Mitgliedsstaaten nicht gut zusammenarbeiten. Sie reklamiert deswegen mehr Kompetenzen bei der Planung der Netze. In Brüssel könne man rationaler als in den Mitgliedsstaaten und im gesamteuropäischen Interesse planen, sagt Jörgensen. Natürlich werde man dabei mit den Netzbetreibern, Regulierungsbehörden und allen anderen, interessierten Akteuren zusammenarbeiten. Ein „zentrales Szenario“ erlaube es aber, besser zu wissen „wo wir wann, was brauchen, um Engpässe zu beseitigen“.

Das mochten nicht alle Abgeordneten unwidersprochen stehen lassen. Manche warfen der Kommission vor, die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten in der Energiepolitik weiter zu untergraben, um die Macht der Brüsseler Behörde zu mehren.

Der Hinweis des Energiekommissars, die Kommission sei „unabhängig“ und könne flexibel und unbürokratisch planen, konnte die Abgeordneten nicht überzeugen. Viele fürchten eher das Gegenteil: neue Arbeitsgruppen, schwerfällige Prozeduren und mehr Verordnungen. Im Ministerrat dürfte der Widerstand gegen die Machtpfantasien der Kommission nicht kleiner sein. Der Verdacht, dass man in Brüssel eigene, energiepolitische Ziele verfolgt, steht dabei immer im Raum.

Auch bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten will die Kommission stärker mitreden als bisher. Um Widerstand in der Bevölkerung vorzubeugen, sollen die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, betroffene Gemeinden an den Vorteilen und Erträgen zu beteiligen. Das liegt bislang im Benehmen der Regierungen.

Bei der Aufteilung der Vor- und Nachteile grenzüberschreitender Leitungen will Brüssel in Zukunft ebenfalls stärker mitreden. Richtig ist, dass viele Projekte, an denen mehrere Länder beteiligt sind, nicht zustande kommen oder verzögert werden, weil man sich nicht darüber verständigen kann, wer welche Kosten trägt und wie die Erträge aufgeteilt werden. Ob man diese Entscheidung ausgerechnet den Bürokraten in Brüssel überlassen möchte, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

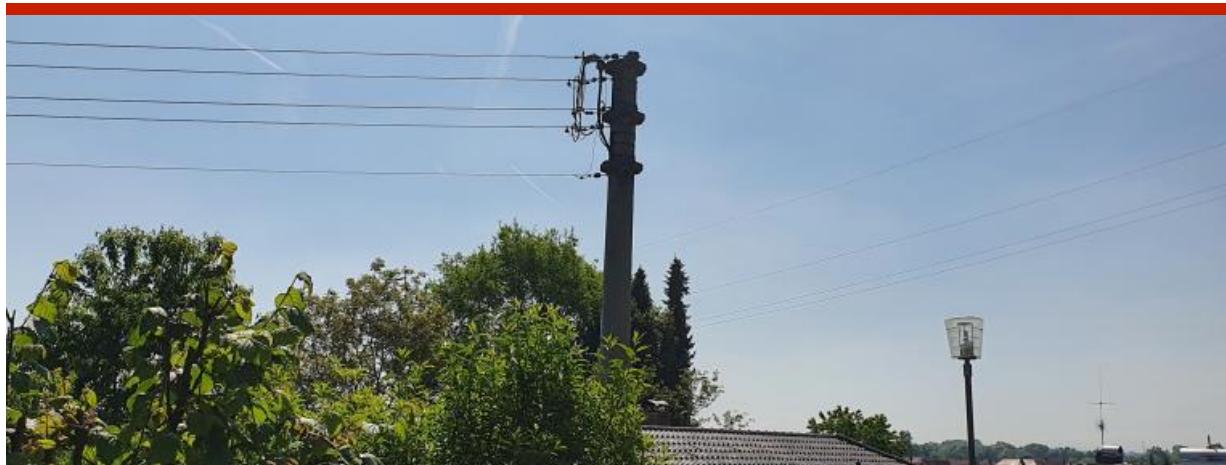


Tom Weingärtner

Quelle: E&M

// VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)


HANDEL & MARKT


Quelle: Davina Spohn

Initiative betont Vorteile dezentraler Netz-Strukturen

STROMNETZ. Eine Initiative im Edna Bundesverband appelliert an die Behörden, kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber in die Entwicklung von Schutzkonzepten einzubeziehen.

Es hat sich in den vergangenen Monaten einiges in Sachen Schutz der kritischen Infrastruktur getan. Im November des vergangenen Jahres verabschiedete der Bundestag das NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz. Damit wurde die Zahl der Unternehmen der kritischen Infrastruktur (Kritis-Unternehmen) mit Registrierungs- und Meldepflichten deutlich ausgeweitet.

Und nicht zuletzt der Anschlag auf das Berliner Stromnetz am 3. Januar war Anlass für die Spitzen der Regierungskoalition, am 28. Januar 2026 nach der ersten Koalitionsrunde des Jahres vor die Presse zu treten und zu betonen, die Bundesregierung wolle das Schutzniveau erhöhen, „um ausgewählte kritische Infrastruktur gegen Sabotage, hybride Bedrohungen und Cyberattacken besser zu schützen“, wie es Bundeskanzler Friedrichs Merz (CDU) formulierte. Und er fügte hinzu: „Bei Schäden wollen wir schneller reparieren können und schneller auch in die Notversorgung gehen können. Dafür braucht es Investitionen.“ Auch die Wirtschaft müsse ein besseres Verständnis dafür entwickeln, wo sie verletzbar ist. „Wir müssen weg von der sehr weitgehenden Transparenz und hin zu mehr Resilienz“, forderte der Bundeskanzler. Deshalb sollten Informationen zu dieser Infrastruktur auch nicht mehr so einfach öffentlich zugänglich sein, mahnte er. Der Schutz der kritischen Infrastruktur habe Vorrang.

Vor diesem Hintergrund weist die Initiative „evu+“ im Edna Bundesverband Energiemarkt & Kommunikation darauf hin, dass gerade die häufig kritisierte Vielzahl und Vielfalt der Verteilnetzbetreiber in Deutschland die Energieversorgung resilenter gegen physische Attacken und Cyberangriffe machen könne. Deshalb sollten vor allem kleine und mittlere Netzbetreiber aktiv in die Erarbeitung von Konzepten zur Krisenvorsorge eingebunden werden.

Beispielhafte Konzepte in Oberbayern umgesetzt

„evu+“ steht „Energiewende von unten“. Ziel der Initiative sei, über alle Marktrollen hinweg das Funktionieren des Marktes zu sichern, ohne dabei die begrenzten Ressourcen der kleinen und mittleren Unternehmen aus den Augen zu verlieren, wie es in einer Mitteilung des Edna Bundesverbands heißt.

„Es gibt bereits vorbildliche Projekte, die zeigen, wie Netzbetreiber im Falle größerer Ausfälle die Notstromversorgung vor Ort sicherstellen und ihren Beitrag dazu leisten können, falls nach einem Netzzusammenbruch ein Schwarzstart erforderlich sein sollte“, erklärt Fritz Schweiger, einer der Sprecher der Initiative und Geschäftsführer des E-Werks Schweiger im Oberbayerischen Schwaig. Er appellierte deshalb an die mit dem Katastrophenschutz befassten Behörden und Institutionen, die Verteilnetzbetreiber bei der Entwicklung entsprechender Szenarien einzubeziehen.

Als Beispiele für einen gelungenen Ansatz nennt die Initiative zum einen das Konzept des E-Werks Schweiger, das einen Blackout im Emsland im Jahr 2006 zum Anlass nahm, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem bei großflächigen Stromausfällen innerhalb kurzer Zeit Inselnetze auf Niederspannungsebene aufgebaut werden können.

Zum anderen hätten sich die E-Werke Haniel im oberbayerischen Haimhausen während der jüngsten Energiekrise mit einem Konzept für die Notversorgung wichtiger Gebäude und Einrichtungen in Haimhausen gewappnet. So seien beispielsweise die Wasserkraft und Großbatteriespeicher als schwarzstart- und inselbetriebsfähige Energiequellen ausgelegt worden, um die dezentrale Grundversorgung für kritische Infrastrukturen sicherzustellen – ergänzt durch andere regenerative Energiequellen sowie konventionelle Notstromaggregate.

„Wichtig ist es, dass wir jetzt aktiv werden und gemeinsam Szenarien aufbauen, mit denen die Stromversorgung auch im Krisenfall in möglichst vielen Verteilnetzen dezentral sichergestellt werden kann“, betont Schweiger.

Die dezentralen Netzstrukturen sind aus Sicht der Edna-Initiative auch im Hinblick auf Cyberangriffe vorteilhaft. „Ein flächendeckender Angriff auf alle Verteilnetze ist praktisch ausgeschlossen“, sagt Schweiger und weist gleichzeitig auf die kontinuierliche Weiterentwicklung von Sicherheits- und Notstromkonzepten der Betreiber hin. Außerdem ist er überzeugt: „Und auch wenn manch ein Verteilnetzbetreiber Sachen IT-Sicherheit noch Nachholbedarf haben sollte, können Notstromkonzepte so organisiert werden, sodass sie auch bei Beeinträchtigung der IT-Infrastruktur zuverlässig greifen.“

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

e2m ENERGY to MARKET

So geht Flexibilität

BESS- und Co-Location-Optimierung

E-world Halle 1
Stand 1C128

MEHR ERFAHREN

Sachsen bleibt Schlusslicht beim Windkraftausbau



Quelle: Shutterstock / Paul Biryukov

WINDKRAFT OFFSHORE. Der Freistaat Sachsen hat unter allen deutschen Bundesländern die schlechteste Bilanz beim Windkraftausbau.

Sachsen bleibt beim Ausbau der Windenergie an Land auch 2025 bundesweit Schlusslicht. Im Freistaat gingen im vergangenen Jahr lediglich 13 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von 64,8 MW ans Netz, teilte der Landesverband Sachsen im Bundesverband WindEnergie (BWE) mit. Damit entfielen nur 1,2 Prozent des bundesweiten Zubaus auf Sachsen.

Ein Großteil der neu installierten Leistung resultierte aus Repowering-Vorhaben. 59,1 Prozent des Zubaus waren auf die Erneuerungsmaßnahmen zurückzuführen. Konkret erfolgten acht der 13 Inbetriebnahmen als Repowering und standen für 38,3 MW. „Sachsen baut zwar wieder mehr als im Vorjahr, bleibt aber beim absoluten Ausbau weiterhin im unteren Bereich aller Bundesländer“, so Jörg Heilmann, stellvertretender Vorsitzender des BWE-Landesverbandes Sachsen.

Problematisch ist nach BWE-Angaben auch die Altersstruktur des Anlagenbestands. Mit durchschnittlich 20,8 Jahren weist Sachsen bundesweit das höchste Durchschnittsalter aller Windenergieanlagen auf. Zudem befindet sich der älteste Windpark Deutschlands im Freistaat. Der Anteil ausgeförderter Anlagen ist entsprechend hoch, was den Modernisierungs- und Ersatzbedarf weiter erhöht.

Für Sachsen ergebe sich daraus ein klarer Handlungsbedarf. Die vorhandene Genehmigungsdynamik müsse konsequent in konkrete Projekte überführt werden. Dafür seien verbindliche Flächenausweisungen in den Regionalplänen ebenso notwendig wie ein Netzausbau, der den Anschluss neuer Anlagen tatsächlich ermöglicht. Nur so könne der Freistaat seinen Rückstand beim Windenergieausbau verringern und einen verlässlichen Beitrag zur Stromversorgung von Haushalten und Industrie leisten.

In anderen Bundesländer läuft es besser

Der Blick auf die bundesweite Entwicklung zeigt einen deutlichen Kontrast, so der BWE Sachsen weiter. Deutschlandweit hat sich der Windenergieausbau an Land 2025 nämlich spürbar beschleunigt. Insgesamt wurden 958 neue Anlagen mit 5.232 MW in Betrieb genommen. Nach Abzug der Stilllegungen ergibt sich ein Nettozubau von 4.602 MW. Gleichzeitig erreichte das Genehmigungsvolumen einen neuen Höchstwert.

Auch bei den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur war die Dynamik hoch. In den stark überzeichneten Runden erhielten 2025 bundesweit 2.348 Windenergieanlagen mit 14.449 MW einen Zuschlag. Der BWE sieht jedoch zunehmende strukturelle Engpässe. Der Verband verweist insbesondere auf Defizite beim Netzzugang. Lange Wartezeiten und begrenzte Anschlusskapazitäten erschweren die Umsetzung genehmigter Projekte. Aus Sicht des Verbandes erfordert dies einen beschleunigten Ausbau, eine Modernisierung sowie eine stärkere Digitalisierung der Stromnetze.

Bundesweit erzeugte die Windenergie an Land 2025 rund 106,5 Milliarden kWh Strom und deckte damit etwa 24 Prozent der deutschen Stromerzeugung. Sie blieb damit der wichtigste Energieträger im Strommix.

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Mit Transparenz zu mehr Marktanteil



Quelle: Jonas Rosenberger

PHOTOVOLTAIK. Chinesische Produkte sind in der Energielandschaft massenhaft anzutreffen. Doch es gibt Sicherheitsbedenken. Einzelne Hersteller versuchen diese auszuräumen.

Batteriespeicher und Wechselrichter – eine Domäne chinesischer Hersteller. Es gibt allerdings zum Teil große Vorbehalte gegen den Einzug ihrer Technik in die Energieinfrastruktur hierzulande, sei es im privaten oder im öffentlichen Bereich.

Die Unternehmen haben diese Bedenken durchaus auf dem Schirm und wollen ihnen entgegenwirken. So wie Sigenergy aus Shanghai.

Der Hersteller von Batteriespeichern und Wechselrichtern wirbt um Vertrauen. Schließlich will das Unternehmen in Deutschland weiter Marktanteile gewinnen und möglicherweise künftig auch in Europa produzieren. Deshalb hat er die Türen seiner Produktionsstätte in der Metropole am Ostchinesischen Meer geöffnet. Der erste Eindruck: Alles wirkt sauber und technisch professionell.

„Sigenstor“, so die Bezeichnung des Vorzeigeprodukts, einem Batterie-Pack, der aus Wechselrichter, Ladeanschluss für E-Autos und einem Energiemanagementsystem besteht. „Das Batteriemanagementsystem zum Beispiel misst die Ladezustände der einzelnen Batteriemodule und kann jedes individuell be- und entladen“, sagt Sven Albersmeier, der den Vertrieb bei Sigenergy für Deutschland, Österreich und die Schweiz leitet.

Die Sorgen, dass angesichts der Fernsteuerbarkeit der überwiegenden Zahl von Wechselrichtern, die an die europäischen Stromnetze angeschlossen sind, Hacker die Systeme angreifen könnten, nimmt Tony Xu, der Geschäftsführer von Sigenergy nach eigener Aussage sehr ernst. Deshalb laufe auch der gesamte Datenverkehr der Anlagen in Deutschland über ein Amazon-Rechenzentrum in Frankfurt am Main. Damit gelte auch der europäische Rechtsrahmen. Und wer die Speicher und Wechselrichter vollständig offline betreiben möchte, könne dies auch tun. Allerdings stünden dann nicht alle Funktionen zur Verfügung.

Die Option, die Datenprotokolle für Dritte zu öffnen, sodass beispielsweise Stadtwerke und Energiedienstleister selbst mit einem eigenen Energiemanagementsystem die Anlagen steuern können, gibt es. Die Interoperabilität ist allerdings immer noch die Ausnahme.

Offene Schnittstellen wären nach Ansicht von Sadeeb Ottenburger Leiter der Abteilung „Resiliente und Smarte Infrastruktursysteme“ (RESIS) am KIT-Institut für Thermische Energietechnik und Sicherheit „im Rahmen des Machbaren ein goldener Mittelweg“. Dann müssten PV-Produkte aus China auch nicht mehr unter Generalverdacht gestellt werden.

Installateure in Deutschland haben mit Sigenergy nach eigenen Aussagen durchaus positive Erfahrungen gemacht. Allerdings sei technologisch nichts geboten, was man nicht auch in Deutschland entwickeln könnte.

Einen ausführlichen Beitrag über einen Besuch in Shanghai bei Signergy lesen Sie in der Print-Ausgabe von Energie & Management vom 1. Februar. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

RWE baut 400-MW-Batteriespeicher



STROMNETZ. Wo in Lingen bis 2021 Acrylfasern produziert wurden, entsteht jetzt der größte Batteriespeicher Niedersachsens.

Quelle: RWE

Auf der früheren Betriebsfläche der Dralon GmbH, nordöstlich des Gaskraftwerks Emsland, errichtet RWE einen 400-MW-Batteriespeicher. Die geplante Anlage wird ihre Maximalleistung mindestens zwei Stunden lang erbringen können, die Speicherkapazität beträgt mehr als 800 MWh. Eine entsprechende Investitionsentscheidung hat das Energieunternehmen jetzt getroffen. Die Anlage soll 2028 in Betrieb gehen.

Nikolaus Valerius, CEO RWE Generation SE: „Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wächst der Bedarf an gesicherter Leistung. Hierbei ergänzen sich neue Gaskraftwerke und Batteriespeicher ideal: Während Gaskraftwerke einspringen, wenn Wind und Sonne über Stunden und Tage als Energielieferanten ausfallen, überbrücken Batterien vor allem kurzfristige Lücken oder Lastspitzen. Der neue Batteriespeicher in Lingen kann je nach Bedarf binnen weniger Millisekunden Leistung aufnehmen oder einspeisen. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und zu verlässlichen Strompreisen.“

Bedeutender Energiestandort

Dieter Krone, Oberbürgermeister der Stadt Lingen (Ems): „Die Energiewende in Deutschland braucht leistungsfähige und verlässliche Speicherkapazitäten – und Lingen übernimmt dabei eine zentrale Rolle. Der Bau des Batteriespeichers sorgt dafür, dass das Stromnetz stabil bleibt und kurzfristige Schwankungen effizient ausgeglichen werden können. Mit diesen zukunftsweisenden Entwicklungen erfolgt ein weiterer wichtiger Schritt für die Transformation des Energiestandorts Lingen. Gemeinsam mit der bestehenden Infrastruktur und den weiteren Investitionen im Bereich Grüner Wasserstoff entsteht in Lingen einer der bedeutendsten Energiestandorte Deutschlands.“

Der Batteriespeicher soll unter anderem Regelenergie zur Stabilisierung des Stromnetzes bereitstellen. Er ist technisch auch auf das Erbringen neuer Netzdienstleistungen wie zum Beispiel Momentanreserve (Trägheit) ausgelegt. Der Batteriepark wird mehr als 200 Lithium-Ionen-Batterie-Einheiten beherbergen. Über 100 Wechselrichter 50 Mittelspannungs- und zwei Hochspannungstransformatoren sowie zwei Schaltfelder vervollständigen die Anlage. Die Anbindung ans Stromnetz erfolgt über die Umspannanlage Hilgenberg, die Amprion weniger als 50 Meter entfernt errichtet.

Bevor das Fundament für den neuen Batteriepark gegossen werden kann, muss ein 8,5 Hektar großes Areal im südlichen Teil des Industriegebiets baureif gemacht werden. Für alle Arbeiten liegen die entsprechenden Genehmigungen vor. Der Beginn der Arbeiten ist für 2. Februar vorgesehen.

Deutlicher Ausbau der Kapazitäten geplant

RWE entwickelt, baut und betreibt Batteriespeichersysteme in den USA, in Europa und Australien. Zum Ende des dritten Quartals 2025 hat das Unternehmen nach eigenen Angaben Batteriespeicher mit einer Gesamtleistung von rund 1.200 MW betrieben. Mehr als 2.700 MW sind im Bau. Ein weiterer deutlicher Ausbau der Kapazitäten weltweit sei geplant. // **VON GÜNTER DREWNITZKY**

Diesen Artikel können Sie teilen:

[^ Zum Inhalt](#)

Deutsche Regas vermarktet zusätzliche Kapazitäten



Ankunft der Regasifizierungseinheit Energos-Power in Mukran. Quelle: Deutsche Regas / Christian Morgenstern

LNG. Die Deutsche Regas bietet zusätzliche Regasifizierungskapazitäten von bis zu 2 Milliarden Kubikmetern pro Jahr (bcm/a) für den Zeitraum von 2028 bis einschließlich 2043 an.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Open Season 2025 reagiert die Deutsche Regas mit dem Angebot auf Anfragen nach weiteren langfristigen LNG-Regasifizierungskapazitäten, wie es in einer Mitteilung des Unternehmens heißt. Um dieser steigenden Nachfrage gerecht zu werden, plant man die Wiederherstellung der von der Bundesnetzagentur genehmigten Terminalkapazität von 13,5 Milliarden Kubikmetern Erdgas.

Die genauen Vergabemodalitäten sollen im Laufe des ersten Quartals festgelegt werden. Im Rahmen dieses Prozesses lädt Regas interessierte Händler und Produzenten zu bilateralen Gesprächen ein. Sowohl bestehende Terminalnutzer als auch potenzielle Neukunden können ihr formelles Interesse per Nachricht an openseason@deutsche-regas.de bekunden.

Ingo Wagner, geschäftsführender Gesellschafter der Regas: „Mit dem zusätzlichen Angebot von jährlich bis zu zwei Milliarden Kubikmetern langfristiger Regasifizierungskapazität bis 2043 reagieren wir auf die starke Wahrnehmung unseres Terminals im Markt. Gleichzeitig stärken wir mit der erhöhten Kapazität die Versorgungssicherheit und schaffen eine höhere Planungssicherheit für Energieversorger sowie energieintensive Industrien in Deutschland und Europa.“

Das am Energie-Terminal Deutsche Ostsee in Mukran angelandete Erdgas wird über feste Kapazitäten von 20 GWh/h an Deutschlands größtem Einspeisepunkt in das deutsche Gasnetz eingespeist. Hier gibt es Anschlüsse an die wichtigsten europäischen Fernleitungen. // [VON GÜNTER DREWNITZKY](#)

[^ Zum Inhalt](#)

TECHNIK

Quelle: Georg Eble

50 Hertz und Skyborn bringen Küstenmeer-Projekt voran

WINDKRAFT OFFSHORE. Die Unternehmen 50 Hertz und Skyborn Renewables haben einen Kooperationsvertrag für Bau und Betrieb von zwei Offshore-Plattformen des Windparks Gennaker geschlossen.

Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz und der Projektentwickler Skyborn Renewables haben mit einem Kooperationsvertrag die rechtlichen und regulatorischen Grundlagen für Bau und Betrieb der Offshore-Plattformen des Windparks Gennaker in der deutschen Ostsee festgelegt. Der Vertrag schaffe auch die Voraussetzungen für einen „reibungslosen Netzanschluss“, teilt 50 Hertz mit. Die Inbetriebnahme des Netzanbindungssystems ist dem Vernehmen nach für Juli 2028 geplant.

Der Offshore-Windpark Gennaker entsteht innerhalb der Zwölf-Seemeilen-Zone, im sogenannten Küstenmeer, vor der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst. Er umfasst 63 Windenergieanlagen der 15-MW-Klasse. Das Land Mecklenburg-Vorpommern genehmigte das Projekt im Dezember vergangenen Jahres. Die Installationsarbeiten sollen im Spätsommer 2027 starten.

Für den Anschluss des Windparks sind zwei Plattformen mit einer Netzan schlussleistung von maximal 927 MW vorgesehen. 50 Hertz und Skyborn wollen die Plattformen mit den Bezeichnungen OSS Zingst und OSS Darß gemeinsam nutzen. Derzeit werden sie auf Werften in den Niederlanden gefertigt.

Bau des Umspannwerks weit fortgeschritten

Die Anlagen sollen den erzeugten Strom auf 220 kV transformieren. Über drei See-Land-Kabelsysteme des Netzanbindungssystems OST-6-1 soll der Strom an das neue Umspannwerk Gnewitz gelangen. Das Umspannwerk entsteht 70 beziehungsweise 90 Kilometer entfernt von den Plattformen. Die Bauarbeiten daran seien weit fortgeschritten, heißt es.

Für den Bereich Küstenmeer gibt es einen Planfeststellungsbeschluss des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Arbeiten an der Seetrasse und an der Anlandungsstelle bei Dierhagen begannen im vergangenen Jahr. Die Genehmigungsverfahren für die Offshore-Plattformen und die Landstrasse seien noch nicht abgeschlossen, die Unterlagen für die Planfeststellung jedoch eingereicht, teilt 50 Hertz mit.

„Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden in der deutschen Ostsee über drei Gigawatt Offshore-Leistung ans Übertragungsnetz angeschlossen sein. Der Windpark Gennaker wird dazu einen erheblichen Beitrag leisten,“ kommentiert Stefan Kapferer, Vorsitzender der Geschäftsführung des Netzbetreibers, die Vertragsunterzeichnung. // VON MANFRED FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Verbund

Direkt aus der Natur.
Direkt vermarktet.
Strom aus eigener Kraft.

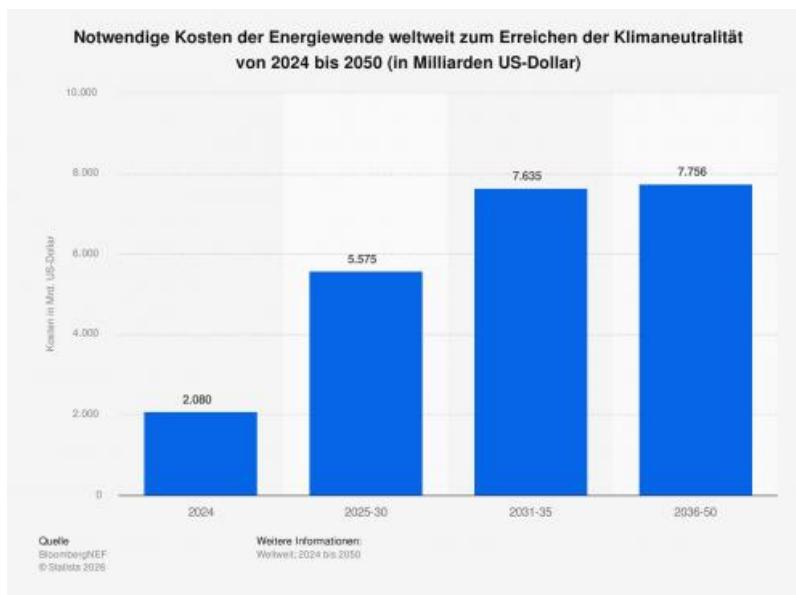
[Mehr erfahren!](#)

Kosten weltweit zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Die Grafik zeigt, die notwendige jährlichen Kosten der Energiewende weltweit zum Erreichen der Klimaneutralität von 2024 bis 2050 in Milliarden US-Dollar. Global erreichten die Investitionen in die Energiewende 2024 mit rund 2,1 Billionen US-Dollar einen neuen Rekordwert. Um das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen, müssten die jährlichen Investitionen in den kommenden Jahren jedoch verdreifacht werden. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

UNTERNEHmen

In Lemgo entsteht mit Bürgergeld ein Großwärmespeicher. Quelle: Stadtwerke Lemgo

NRW-Stadtwerke locken mit bis zu 4 Prozent Zinsen

BETEILIGUNG. Zwei Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen sammeln Kapital in der Bevölkerung ein. Auf Privatgeld für Wärmespeicher oder Mittelspannungsnetz zahlen die Versorger bis zu 4 Prozent Zinsen.

Private können Geld bei Versorgern im Sauerland und in Ostwestfalen anlegen – und dies unabhängig von ihrem Wohnort. Wer zur Kundschaft der Stadtwerke in Menden und Lemgo zählt, erhält allerdings jeweils einen halben Prozentpunkt mehr fürs Kapital.

Erstmals sammeln die Stadtwerke im ostwestfälischen Lemgo über eine Plattform privates Geld ein. Es kofinanziert einen 50 Meter hohen Großwärmespeicher, der mit einer Kapazität von rund 600 MWh im vierten Quartal 2026 in Betrieb gehen soll.

Eine Million Euro der Gesamtinvestitionen von 19,1 Millionen Euro sollen über die Nachrangdarlehen zusammenkommen, geöffnet ist das entsprechende Beteiligungsportal seit dem 27. Januar. Die Beteiligung beginnt bei 500 Euro und ist auf 25.000 Euro begrenzt, die Summen zahlen die Stadtwerke Ende 2031 zurück.

Kundinnen und Kunden des Versorgers erhalten einen jährlichen Zins in Höhe von 4 Prozent, alle übrigen 3,5 Prozent. Wer bis zum 30. Juni 2026 einen Energievertrag bei den Ostwestfalen abschließt, rutscht laut Vermögensanlagen-Informationsblatt noch in die höhere Vergütung.

In Menden fließt das Geld ins Stromnetz

Etwas weiter südlich in Menden gibt es eine Premiere in punkto Bürgerbeteiligung. Die Stadtwerke am Nordrand des Sauerlands laden die Allgemeinheit zum ersten Mal ein, Geld beim Versorger zu parken. Gedacht ist es für zwei bereits verwirklichte Projekte im Bereich des örtlichen Mittelspannungsnetzes.

Anders als in Lemgo erhofft der Mendener Versorger sich eine höhere Gesamtsumme aus Privathand. Maximal 5,25 Millionen Euro will er ab dem 9. Februar eintreiben. Gekostet haben die in der zweiten Jahreshälfte in Betrieb gegangenen Anlagen – eine 10-kV-Schaltstation und eine 4 Kilometer lange Stromleitung – zusammen 8,5 Millionen Euro.

Das Bürgergeld fließt in eine Umfinanzierung der Projekte, die Mendener hatten sich dafür zuvor anderweitig Fremdkapital besorgt. Wer will, kann sich mit 1.000 bis 25.000 Euro an den Anlagen beteiligen. Das Geld bleibt mindestens bis Silvester 2031 festgelegt, kann aber auch darüber hinaus als Anlage bei den Stadtwerken verbleiben.

Die Stadtwerke unterscheiden bei ihrem Angebot zwischen einem „Treue-Zins“ in Höhe von 3,75 Prozent für Kundinnen und Kunden sowie einen „Willkommens-Zins“ für alle übrigen in Höhe von 3,25 Prozent.

Über die Beteiligungsmodalitäten klären die **Stadtwerke Lemgo** und die **Stadtwerke Menden** auf ihrer jeweiligen Internetpräsenz auf. // VON VOLKER STEPHAN

Diesen Artikel können Sie teilen: [Facebook](#) [Twitter](#) [LinkedIn](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

FEBRUARY 10 – 12, 2026
ESSEN | GERMANY



UNITE + CONNECT

THE PLACE
TO BE
IN ENERGY

Marburger Fernwärme kostet ein Fünftel mehr



Quelle: Fotolia / sasel77

WÄRME. Wer Fernwärme über die Stadtwerke Marburg bezieht, muss spätestens im Herbst tiefer in die Tasche greifen. 20 Prozent mehr verlangt der Versorger bereits jetzt bei Neuabschlüssen.

Das Heizen in Marburg wird teurer. Die Stadtwerke Marburg (SWMR) heben in diesem Jahr die Preise für ihre Fernwärme-Lieferung an. Wie die Hessen auf Anfrage dieser Redaktion mitteilen, verlangt das Unternehmen durchschnittlich etwa 20 Prozent mehr als vorher.

Als Grund führt der Versorger neue Vorgaben des Gesetzgebers an. Auf dem Weg zur klimaneutralen

Wärme der Zukunft seien bereits jetzt die Wärme-Preisgleitformeln anzupassen. Sie berücksichtigen sowohl die Brennstoff-Beschaffungskosten als auch kommende Investitionskosten.

Marburg nimmt für sich in Anspruch, im Jahr 2025 zu dem günstigsten Drittel der hessischen Fernwärmeanbieter gezählt zu haben. Jetzt bewege das Unternehmen sich auf einem Niveau „wie andere Wärmeversorger“.

Konkret ist der Aufschlag bereits jetzt für alle zu spüren, die seit 1. Januar einen Vertrag mit dem Namen „SWMRWärme“ abgeschlossen haben. Für Bestandskundinnen und -kunden im Tarif „Premiumwärme“ gelten dessen günstigere Konditionen noch bis einschließlich September 2026, ehe der Aufschlag von einem Fünftel auch für sie gilt.

In einem Mehrparteienhaus sollen künftig gut 15.200 Euro fällig werden. Das bezieht sich auf einen Verbrauch von 72.000 kWh (je 15,35 Cent) plus Grund- und CO2-Kosten. In einem Einfamilienhaus (17.000 kWh) steigen die Ausgaben auf gut 3.500 Euro, abhängig jeweils von der Durchflussmenge pro Stunde.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Darmstädter Entega baut Klärschlamm-Monobehandlung



Quelle: Entega AG

WÄRME. Am Müllheizkraftwerk in Darmstadt wird eine Klärschlamm-Monobehandlungsanlage errichtet. Dieser Standort ist nicht nur für die Müllentsorgung wichtig, sondern auch für die Wärmewende.

Mit der Übergabe eines Förderbescheids über 25,64 Millionen Euro ist der Bau einer Klärschlamm-Monobehandlungsanlage am Müllheizkraftwerk (MHKW) Darmstadt offiziell gestartet, teilte der Energieversorger Entega mit. Das Land Hessen unterstützt damit ein Projekt der kommunalen Abfall- und Abwasserwirtschaft in Südhessen. Die Anlage soll bis 2029 als Erweiterung des bestehenden Kraftwerksstandorts entstehen.

Ziel des Vorhabens ist die regionale Behandlung kommunaler Klärschlämme und die Rückgewinnung von Phosphor. Ab 2029 dürfen Kläranlagen, die Abwässer von mehr als 100.000 Menschen reinigen, den anfallenden Klärschlamm nicht mehr auf Feldern entsorgen, sondern müssen ihn thermisch verwerten und zudem muss der darin enthaltene Phosphor zurückgewonnen werden. Für kleinere Anlagen gilt eine Übergangsfrist bis 2032. Die bisher häufig praktizierte Ausbringung auf Felder fällt damit weg – für viele Kommunen und Kläranlagenbetreiber bislang die günstigere Alternative.

Projektträger ist der Zweckverband Abfallwirtschaft Südhessen (ZAS). Geplant ist der Bau eines Drehrohrofens mit einer Kapazität von rund 60.000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr. Die Betriebs- und Geschäftsführung des Müllheizkraftwerks liegt bei der Entega, die auch die Projektleitung für den Anlagenneubau übernommen hat. An dem Projekt beteiligen sich 27 Kommunen und Abwasserzweckverbände aus Südhessen und angrenzenden Regionen. Die Investitionen für Planung und Bau der Klärschlamm-Monobehandlungsanlage liegen bei rund 60 Millionen Euro.

Standort ist auch zentral für die Fernwärme der Stadt

Der Standort wird von der Entega aber für weit mehr genutzt als Müllverbrennung. Ein Teil der Fernwärme entsteht durch die thermische Abfallverwertung im Müllheizkraftwerk Darmstadt. Nach Angaben des Unternehmens soll der Anteil der Fernwärme am Wärmebedarf Darmstadts bis 2045 von derzeit rund 15

Prozent auf etwa 33 Prozent steigen. Entega plant dafür auch eine schrittweise Umstellung der Erzeugung. Vorgesehen ist unter anderem die Nutzung von Abwärme aus dem Müllheizkraftwerk, der Einsatz von Großwärmepumpen sowie wasserstoffbasiertes oder synthetische Gase zur Abdeckung von Spitzenlasten (wir berichteten).

Zudem entsteht seit Herbst 2025 am Darmstädter MHWK ein 3-MW-Elektrolyseurs auf dem Gelände zur Produktion von grünem Wasserstoff. Der Regelbetrieb ist laut Entega für das erste Quartal 2027 vorgesehen. Finanziert wird das H2-Vorhaben über das Reallabor „DELTA“, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert wird. Das Akronym steht für „Darmstädter Energie-Labor für Technologien in der Anwendung“ und ist eines von mehreren Reallaboren der Energiewende.

Das Müllheizkraftwerk ist laut Entega ein strategisch gewählter Standort: Er biete die nötige Infrastruktur, etwa für Netzzanschlüsse, Sicherheitsvorkehrungen und Trailerlogistik. Entega betreibt das MHWK im Auftrag des Eigentümers – des Zweckverbands Abfallverwertung Südhessen (ZAS) – und will die neue Wasserstoffanlage nahtlos in den bestehenden Betrieb integrieren. So entstehe ein kommunal getragenes Energiesystem mit Verbindung von Abfallverwertung, Stromerzeugung und grüner Wasserstoffproduktion.

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Anteil der Fernwärme soll in Darmstadt deutlich steigen



Quelle: Entega

WÄRMENETZ. Der Energieversorger Entega will den Anteil der Fernwärme am Wärmebedarf Darmstadts auf etwa 33 Prozent erhöhen. Die dafür notwendige Wärmeplanung wurde nun von der Stadt vorgelegt.

Die Entega begrüßt den Beschluss zur Kommunalen Wärmeplanung der Wissenschaftsstadt Darmstadt, teilte der Darmstädter Energieversorger am 29. Januar mit. Zugleich teilte das Unternehmen mit, dass der Anteil der Fernwärme am Wärmebedarf Darmstadts bis 2045 von derzeit rund 15 auf etwa 33 Prozent steigen soll.

„Die Kommunale Wärmeplanung und unsere Wärmestrategie zeichnen dasselbe Zielbild bis 2045. Jetzt geht es darum, die Wärmewende konkret im Quartier umzusetzen“, sagt Entega-Vorstandsvorsitzender Thomas Schmidt. Das Unternehmen plant dafür einen Netzausbau und eine schrittweise Umstellung der Erzeugung. Vorgesehen ist der Einsatz von Abwärme aus dem Müllheizkraftwerk, Großwärmepumpen sowie wasserstoffbasierten oder synthetischen Gasen zur Abdeckung von Spitzenlasten.

Digitale Orientierung zur Wärmeversorgung

Zeitgleich mit der Vorstellung der kommunalen Wärmeplanung durch Oberbürgermeister Hanno Benz hat das Unternehmen eine neue Internetseite bereitgestellt. Über eine Verfügbarkeitsabfrage können Eigentümer prüfen, ob ein Anschluss an das Fernwärmennetz vorgesehen ist oder ob dezentrale Lösungen empfohlen werden. Mit dem digitalen Angebot will Entega die kommunalen Planungen für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar machen.

Neben der Anschlussprüfung bündelt die neue Internetseite weitere Informationen zur Wärmeplanung in Darmstadt. Dazu zählen Hinweise zu Fördermöglichkeiten sowie Kontaktangebote für eine Beratung. Ein Teil der Informationen entsteht in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern. Der Beschluss der Stadt markiere aus Sicht des Unternehmens den Übergang von der Planung in die Realisierungsphase.

Unter entega.de/fernwaerme bündelt die Entega Informationen für die Öffentlichkeit. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Ulms Versorger erneuert das Ja-Wort mit Geschäftsführer-Trio



Bernd Adolph bleibt Chef der Energie-Sparte in Ulm/Neu-Ulm. Quelle: Heidi Roider

PERSONALIE. Vertrauensbeweise bei den Stadtwerken

Ulm/Neu-Ulm: Der Aufsichtsrat des Unternehmens hat die Verträge mit den Chefs von drei führenden Tochtergesellschaften verlängert.

Drei Männer haben nun Gewissheit darüber, wo sie bis Mitte oder Ende 2031 beruflich beschäftigt sind. Bernd Adolph, Ralf Gummersbach und Manfred Staib behalten ihre führenden Rollen im Konzern der baden-württembergischen Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm (SWU). Der Aufsichtsrat hat die Verträge der Geschäftsführer jeweils um fünf Jahre verlängert.

Für Bernd Adolph, den Verantwortlichen der SWU Energie GmbH, gilt das Arbeitspapier nunmehr bis Ende Juni 2031. Er ist seit Juli 2016 in diesem Amt und hat damit die zweite Vertragsverlängerung erhalten. Offiziell führt er die Erzeugungs- und Vertriebssparte gemeinsam mit Unternehmenschef Klaus Eder.

Eder ist auch Co-Geschäftsführer der SWU Verkehr GmbH an der Seite von Ralf Gummersbach, der nach seiner Bestellung im Januar 2022 nun in seine zweite Amtszeit geht. Gummersbach bleibt zugleich bis Ende 2031 kaufmännischer Geschäftsführer der SWU mobil GmbH. Dritter im Bunde ist der kaufmännische Geschäftsführer der SWU Netze GmbH, Manfred Staib. Er ist wie Bernd Adolph seit Mitte 2016 in Diensten des oberschwäbischen Versorgers.

Adolph spricht in einer Unternehmensmitteilung davon, dass die SWU Energie bis 2031 mehr als 150 Millionen Euro in Zukunftsprojekte stecken wolle. Das Geld sei für erneuerbare und innovative Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen, Großbatteriespeicher, E-Mobilität, Ladeinfrastruktur und auch für die Trinkwasserversorgung vorgesehen.

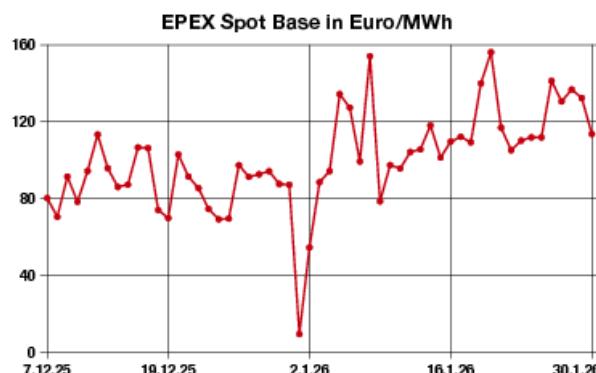
Für SWU-Geschäftsführer Klaus Eder ist laut Mitteilung die Kontinuität in der Chefetage „ein positives Signal“. Es schaffe Planungssicherheit beim Umsetzen der langfristigen Unternehmensstrategie.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Märkte weiter im Bann der Geopolitik



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.

Uneinheitlich haben sich die Energiemärkte am Donnerstag präsentiert. Strom zeigte sich ohne klare Tendenz, CO2 gab nach, Gas und Öl zogen dagegen kräftig an. Die Drohungen der USA gegenüber Iran halten die Märkte weiter in Atem. US-Präsident Donald Trump erwäge nach wie vor einen militärischen Einsatz gegen die Führung in Teheran, berichtete das Portal Axios unter Berufung auf Insider. Dies führt zu Risikoauflschlägen bei Gas und Öl, aber auch der Emissionsmarkt ist von den Spannungen im Mittleren Osten betroffen, allerdings mit umgekehrter Tendenz: In unsicheren Zeiten bevorzugen Marktteilnehmer risikoarme Anlagen und zu denen gehört der Emissionsmarkt nicht.

Strom: Ohne klare Tendenz hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag gezeigt, der sich gegenläufigen Impulsen zwischen schwachen CO2-Preisen und festen Gasnotierungen ausgesetzt sah. Der Day-Ahead verlor 18,75 auf 114 Euro/MWh im Base und 30,75 auf 123,25 Euro/MWh im Peak. An der Börse kostete der Day-Ahead 113,69 Euro in der Grundlast und 122,95 Euro in der Spitzenlast.

Ursache für den Preisrückgang ist die höhere Einspeiseleistung der Erneuerbaren, die für den Freitag vorausgesagt werden. So prognostiziert Eurowind 22,2 GW für den Berichtstag, jedoch 25 GW für den Freitag. Zudem fällt am Freitag eine deutlich verminderte Last von nur 65,1 GW an, während MBI Research den Bedarf für den Berichtstag mit 66,1 GW prognostiziert hat. Am Wochenende ist für Deutschland mit einer Erneuerbaren-Einspeiseleistung in ähnlicher Höhe wie am Freitag zu rechnen. Am langen Ende sank das Strom-Frontjahr um moderate 0,53 auf 84,85 Euro.

CO2: Die CO2-Preise haben am Donnerstag massiv nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis 13.04 Uhr um 2,67 auf 83,85 Euro/Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 32,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 86 Euro, das Tief bei 83,72 Euro. Nach dem am späten Mittwoch erfolgten Fall unter die Unterstützung bei 86,74 Euro habe sich die technische Situation für den Dec 26 deutlich verschlechtert, so die Analysten von Redshaw Advisors. Eine weitere Schlüsselunterstützung befindet sich demnach bei 83,52 Euro.

Ursache der Abgaben ist den Analysten zufolge die wachsende Kriegsgefahr zwischen den USA und Iran, der Marktteilnehmer dazu veranlasste, sich aus risikoreicheren Anlageklassen zurückzuziehen. Der längerfristige Trend für CO2 ist den Analysten zufolge jedoch weiterhin bullish, sodass mit neuen Käufen auf dem ermäßigten Niveau gerechnet werden muss.

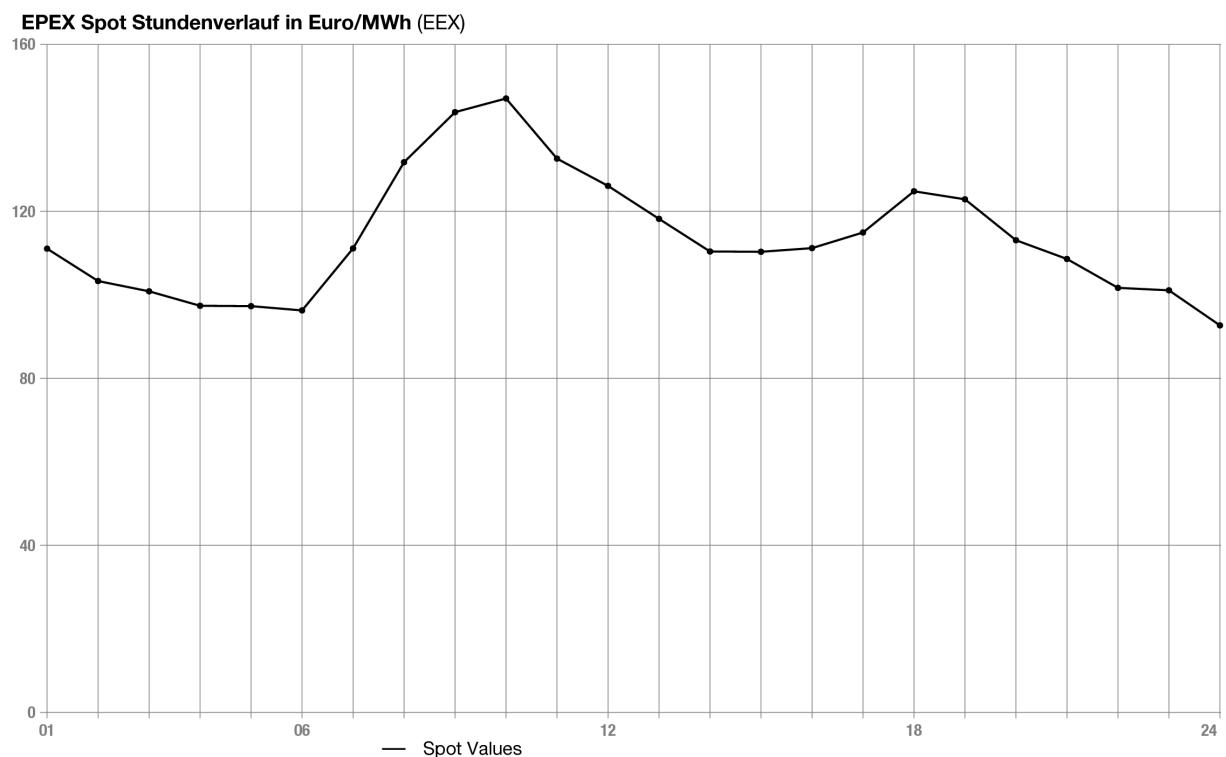
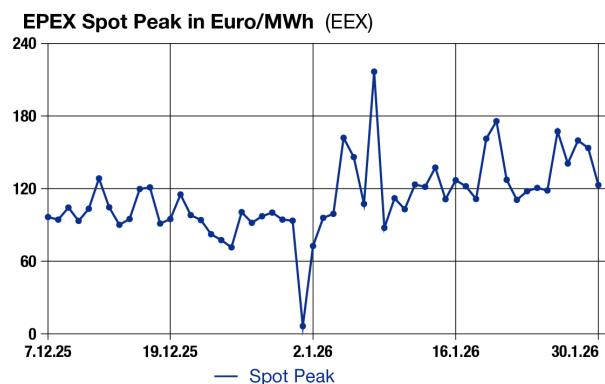
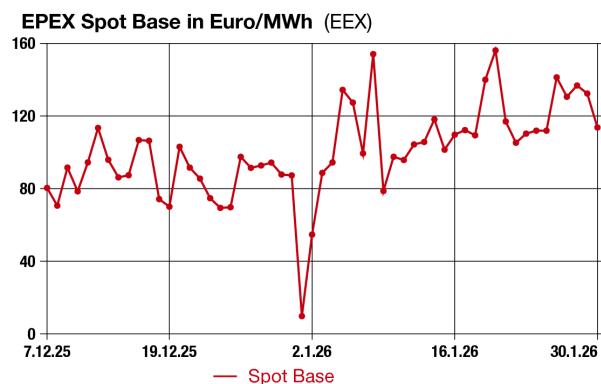
Erdgas: Fester haben sich die Erdgaspreise am Donnerstag gezeigt. Am TTF gewann der Frontmonat Februar um 0,725 auf 39,4 Euro. Am deutschen THE zog der Day-Ahead um 0,40 auf 41,20 Euro/MWh an. Marktbeobachtern zufolge ist der Preisaufschlag auf neue Wetterprognosen zurückzuführen, die bis Mitte der neuen Woche von einer kühleren Witterung ausgehen. Zudem soll auch das Windaufkommen in Deutschland etwas geringer ausfallen als noch am Vortag vermutet.

Daneben dürften die Preise von der wieder wachsenden Wahrscheinlichkeit eines US-Militärschlags gegen Iran profitieren. Der Gasflow aus Norwegen beträgt für den Berichtstag laut dem Fernleitungsnetzbetrieb Gassco 339,2 Millionen Kubikmeter. Er liegt damit deutlich höher als am Vortag, für den nur 328,2 Millionen Kubikmeter registriert worden waren. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt



Strom Terminmarkt

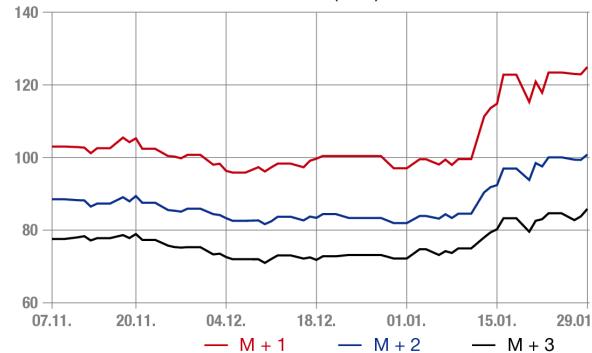
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	29.01.26	German Power Feb-2026	124,89
M2	29.01.26	German Power Mar-2026	100,80
M3	29.01.26	German Power Apr-2026	85,83
Q1	29.01.26	German Power Q2-2026	79,66
Q2	29.01.26	German Power Q3-2026	87,66
Q3	29.01.26	German Power Q4-2026	101,56
Y1	29.01.26	German Power Cal-2027	86,36
Y2	29.01.26	German Power Cal-2028	79,78
Y3	29.01.26	German Power Cal-2029	74,81

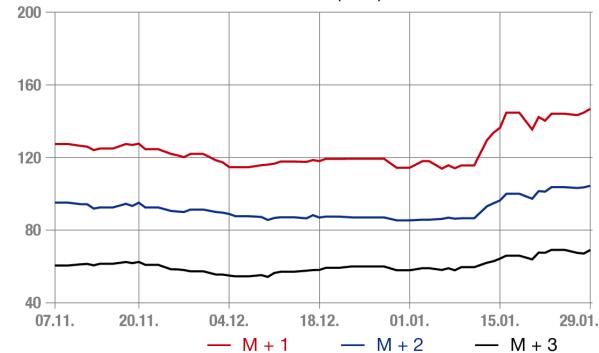
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	29.01.26	German Power Feb-2026	146,76
M2	29.01.26	German Power Mar-2026	104,39
M3	29.01.26	German Power Apr-2026	69,05
Q1	29.01.26	German Power Q2-2026	57,55
Q2	29.01.26	German Power Q3-2026	78,00
Q3	29.01.26	German Power Q4-2026	123,25
Y1	29.01.26	German Power Cal-2027	90,54
Y2	29.01.26	German Power Cal-2028	83,64
Y3	29.01.26	German Power Cal-2029	79,49

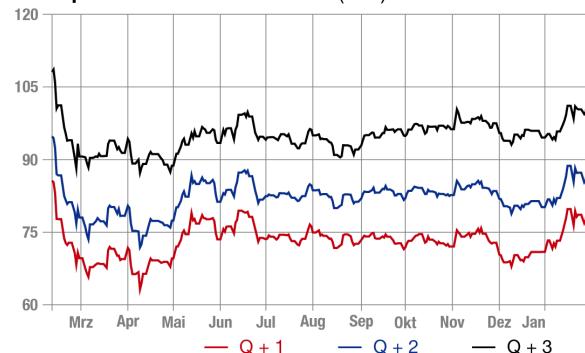
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



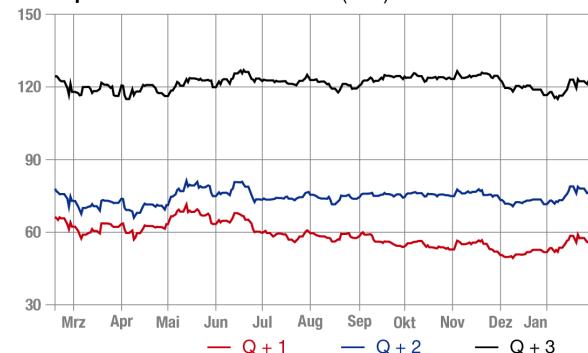
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



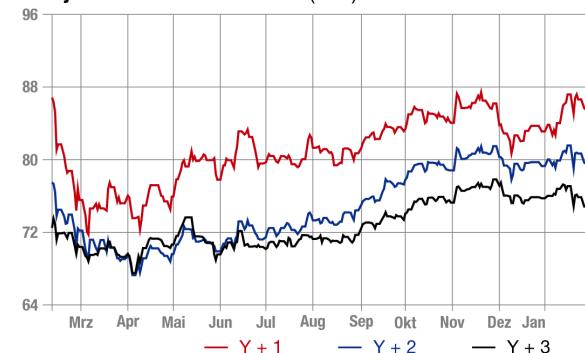
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



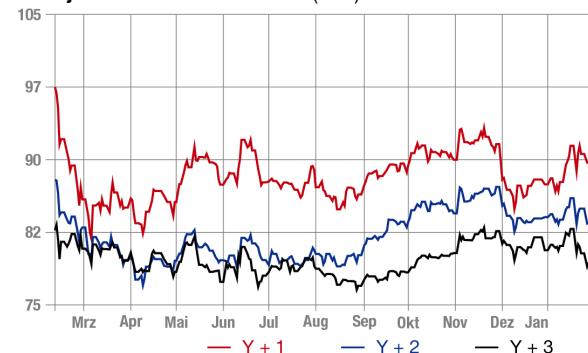
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

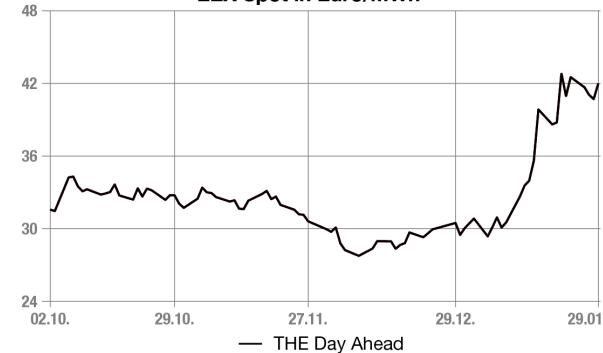
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	29.01.26	German THE Gas Feb-2026	41,84
M2	29.01.26	German THE Gas Mar-2026	40,21
Q1	29.01.26	German THE Gas Q2-2026	34,14
Q2	29.01.26	German THE Gas Q3-2026	32,56
S1	29.01.26	German THE Gas Win-2026	33,17
S2	29.01.26	German THE Gas Sum-2027	27,47
Y1	29.01.26	German THE Gas Cal 2027	29,14
Y2	29.01.26	German THE Gas Cal 2028	25,68

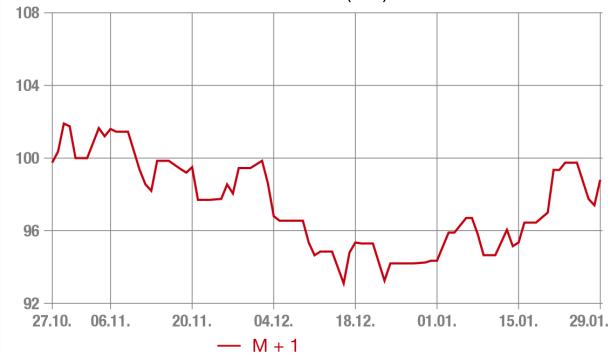
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	29.01.26	113,69	EUR/MWh
Germany Spot peak	29.01.26	122,95	EUR/MWh
EUA Feb 2026	29.01.26	82,30	EUR/tonne
Coal API2 Feb 2026	29.01.26	98,80	USD/tonne

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



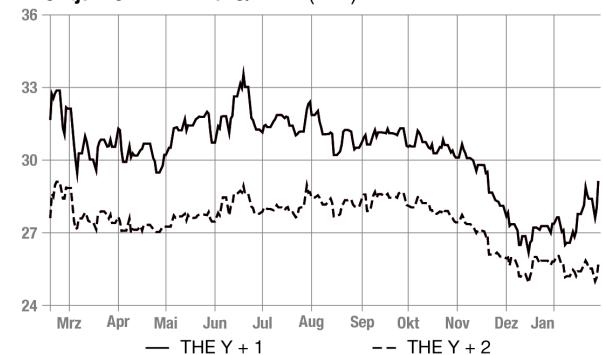
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	29.01.26	41,99	EUR/MWh
German THE Gas Feb-2026	29.01.26	41,84	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	29.01.26	29,14	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mar-2026	29.01.26	70,71	USD/tonne

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer:in (m/w/d)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer:in (m/w/d) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeprojekte...

in Hamburg

27.01.2026

● Vorstand/Geschäftsführung ● Festanstellung / Angestellter ● Homeoffice / Weiterbildung / Mobilitätszuschuss / Mitarbeiterevents



Professur W 2 Solarenergie und Gebäudeautomation

Gesucht wird eine durch praktische und wissenschaftliche Tätigkeit ausgewiesene Persönlichkeit, die ...

in Amberg

15.12.2025



Stoffstrommanager (m/w/d)

Zum Hauptinhalt springen Stoffstrommanager (m/w/d) Metzingen Vollzeit unbefristet Unternehmens...

in Metzingen

vor 2 h

● Festanstellung ● Weiterbildung / Mitarbeiterrabatte



Teamleitung/Kampagnenleitung F2F Fundraising für soziales Projekt in Berlin (m,w,d)

Du willst dich für Bildungsgerechtigkeit für Menschen einsetzen und hast Lust auf flexibles Arbeiten? ...

in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Medical Science Liaison (acting as Country Medical Lead) - Biosimilars

Medical Science Liaison (acting as Country Medical Lead) - Biosimilars About the Company - IQVIA is ...

in Deutschland

vor 2 h

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

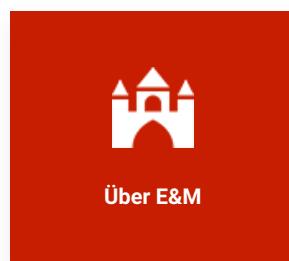
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

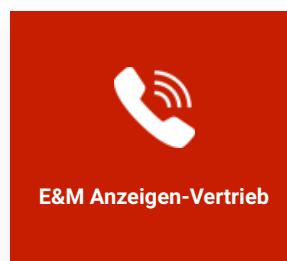
Volker Stephan

Manfred Fischer

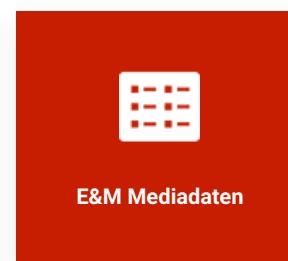
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Über E&M



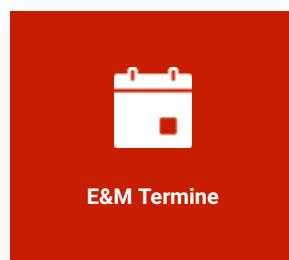
E&M Anzeigen-Vertrieb



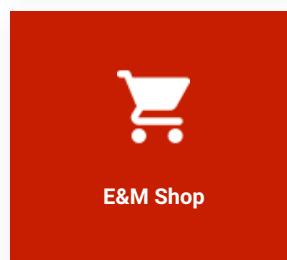
E&M Mediadaten



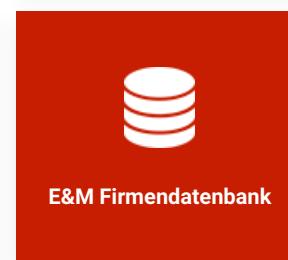
E&M Zeitung



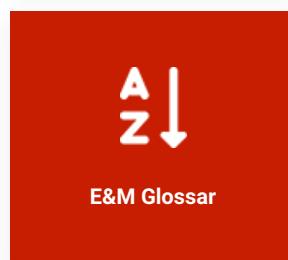
E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zu widerhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

